

01) Bundesrepublik Deutschland – heute

Sehr geehrte Damen und Herren,

kann einer die Zustände, die in unserem Land eingerissen sind, treffender beschreiben als der ehemalige Bundesminister Spranger (Anhang)?

<https://de.statista.com/infografik/24358/nebeneinkuenfte-von-bundestagsabgeordneten-nach-parteien/>

CDU-Abgeordnete verdienen 8,7 Mio. Euro nebenbei

von

[Matthias Janson](#)

Matthias Janson

Data Journalist

matthias.janson@statista.com +49 40 284 841 564



08.03.2021

Rund ein Drittel der derzeitigen Bundestagsabgeordneten der [CDU](#) haben in der aktuellen Wahlperiode meldepflichtige Nebeneinkünfte erzielt - sie kommen dabei zusammen auf die Summe von 8,7 Millionen Euro. Damit liegt die CDU vor allen anderen Parteien, wie die Statista-Grafik auf Basis von Daten von abgeordnetenwatch.de zeigt. Die geringste Summe an Nebeneinkünften weisen die Grünen auf. Nicht alle Bundestagsabgeordneten erzielen Einkünfte aus meldepflichtigen Nebentätigkeiten. Der Anteil variierten letzten Erhebungen zufolge zwischen 13 Prozent (Die Grünen) und 53 Prozent (FDP). So erklärt sich auch, warum Parteien mit weniger Abgeordneten zum Teil in Summe ebenso hohe Einkünfte erzielen wie Parteien mit mehr Abgeordneten. Solche Nebentätigkeiten können etwa eine Rede vor Mitgliedern eines Unternehmens sein oder eine beratende Tätigkeit. Verboten sind die Nebentätigkeiten nicht. Nach dem Abgeordnetengesetz sind sie sogar explizit zulässig, solange das Bundestagsmandat noch „im Mittelpunkt der Tätigkeit“ der Politiker steht.

Die Nebentätigkeiten der Abgeordneten geraten aktuell durch die Maskenaffäre der CDU in den öffentlichen Fokus. Kürzlich hatte der CDU-Abgeordnete Nikolas Löbel dem [Spiegel](#) bestätigt, dass er für die Vermittlung von Corona-Schutzmasken im vergangenen Jahr etwa 250.000 Euro kassiert hatte. Gegen den CSU-Politiker Georg Nüßlein ermittelt die Staatsanwaltschaft wegen des Verdachts auf Bestechlichkeit und Steuerhinterziehung. Auch er hatte wohl für teure Maskenverträge abkassiert.

CDU-Abgeordnete verdienen 8,7 Mio. Euro nebenbei

Mindest-Bruttoeinkünfte von Bundestagsabgeordneten aus meldepflichtigen Nebentätigkeiten nach Parteien



* Basis: alle derzeitigen Abgeordneten der 19. Wahlperiode; Stand: 31.07.2020; 30,3 Prozent aller Abgeordneten erzielten meldepflichtige Nebeneinkünfte

Quelle: abgeordnetenwatch.de



statista

Das Desaster ist ja nicht erst jetzt losgegangen - seit vielen Jahren ist klar, in welches Unglück diese Frau unser Land gestürzt hat. Und alle CDU-Abgeordneten und alle CSU-Abgeordneten haben zugeschaut und keiner ist ihr in den Arm gefallen. Geduckt haben sie sich – und kassiert. Zuletzt bei der Maskenbeschaffung. Da ist jeder Anstand, jede Moral verlorengegangen (<https://de.statista.com/infografik/24358/nebeneinkuenfte-von-bundestagsabgeordneten-nach-parteien/>).

Seite 202 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 792 vom 17.06.2021

Diejenigen, die das Abgleiten der CDU in das linke-rote Gesellschaftsverständnis hätten verhindern müssen, waren die CDU-Bundestagsabgeordneten. Sie haben es nicht getan. Jahrelang nicht getan.

Wenn nun möglichst viele dieser Leute im September dafür bezahlen - durch den Verlust ihres Abgeordneten-Mandates persönlich dafür bezahlen, - fange ich an, wieder an Recht und Gerechtigkeit zu glauben. Dann waren es nicht die Abgeordneten – dann war es ein Höherer, der für Ordnung gesorgt hat.

Was die dann aber bezahlen ist nichts gegen das, was ich durch die mir zugemutete Rechtsverweigerung der Bundesrepublik Deutschland bezahlt habe: Mit meinem Bauernhof. Da ist das letzte Wort aber noch nicht gesprochen! Das Ganze ist wie in einem Kriminalfilm: **Zum Schluss siegt immer das Recht!**

Mit freundlichen Grüßen

Karin Zimmermann

Am Hang 19

53819 Neunkirchen-Seelscheid

E-Mail: info@Aviadoc.de

(Vertriebenenausweis-Nr. A - 3334/30.358)

Siehe die folgenden Seiten:

Carl-Dieter Spranger

Bundesminister a.D.

91522 Ansbach, 12.03.2021

Telefon (0981)

Telefax: (0981)

An den Landesvorsitzenden
der Christlich-Sozialen Union in Bayern,
Herrn Ministerpräsident Dr. Markus Söder, MdL
Franz-Josef-Strauß-Haus
Mies-van-der-Rohe-Str. 1
80807 MÜNCHEN

Sehr geehrter Herr Landesvorsitzender,

das schwere Versagen der Bundeskanzlerin und ihrer Gefolgschaft in CDU und CSU in Bund und Ländern bei der Bekämpfung der CORONA-Pandemie schädigt Deutschland, seine Menschen und seine internationale Reputation gewaltig.

Was ist nicht alles fehlerhaft und falsch gemacht worden bei

- der verschleppten Beschaffung und Verteilung von Masken,
- dem Verzug des Schutzes von Alten- und Pflegeheimen,
- dem Fehlschlag mit der Corona-App.,
- der gigantischen deutschen und europäischen Schuldenorgie,
- dem massiven Versagen der EU-Bürokraten und ihrer schon als deutsche Ministerin untauglichen Präsidentin samt Kommissaren,
- dem viel zu späten und völlig unzureichenden Einkauf von Impfstoffen und ihren Einsatz,
- der verschlammten Einführung von Schnell- und Selbsttests,
- der monatelang verzögerten, Existenzgefährdenden, überbürokratisierten Auszahlung von Staatshilfen,

- der verantwortungslosen Missachtung der Existenzrechte von Selbständigen, Klein- und Mittelständlern in Handel, Gastronomie, Kultur, Sport, Touristik u.a.,
- in beinahe täglichen Änderungen unverständlicher, vielfältiger, tiefgreifender Lockdown-Regelungen ohne sinnvolle Begründungen.

Mediale Dauerpräsenz mit immer neuen Versprechungen durch führende CDU- und CSU-Politiker wie Spahn und Altmeier stehen im groben Widerspruch zum Handeln und Umsetzen. Eine aus dem Ruder gelaufene Verbotspolitik hat nach Dauer und Ausmaß der - von vielen Gerichten aufgehobenen - Einschränkungen von Grund- und Freiheitsrechten jedes Maß verloren.

All das das hat unabsehbare Folgen für die wirtschaftliche finanzielle, gesellschaftliche soziale und gesundheitliche Zukunft unseres Landes und seiner Menschen.

All das steht in der verhängnisvollen Tradition und Bilanz der Kanzlerschaft Merkels und ihrer Gefolgsleute in CDU und CSU.

Mein Rückblick zu Merkel vom Februar 2018 (untenstehend) fasste das schon damals zusammen. Die heute weitläufig rot/grün infizierten CDU und CSU haben mit der Union von Adenauer, Ehrhard Kohl und Strauß nur noch wenig gemein. Ob das nochmals anders wird, erscheint höchst zweifelhaft.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr

(Unterschrift)

Carl-Dieter Spranger

Bundesminister a.D.

91522 Ansbach,

Februar 2018

Telefon (0981)

Telefax: (0981)

Merkel- ein Rückblick

in Ergänzung der gleichlautenden glänzenden Darstellung von Wolfgang Streeck, Direktor emeritus am Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung in Köln in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 16. November 2017.

„Ich werde Sie an Ihren Taten messen, hat die Bundeskanzlerin zwar nie ihren sozialistischen Auslandskollegen entgegengehalten, aber voller Arroganz dem konservativen Bundeskanzler Kurz bei seinem Antrittsbesuch in Berlin. Wer Frau Merkel nun an ihren Taten misst, kommt u.a. zu folgenden Ergebnissen:

- 1) Ihr überfallartiger, weltweit einzigartiger Ausstieg aus der Kernenergie war eine totale Kehrtwende zur bisherigen Unionspolitik, führt zu Folgekosten in Billionenhöhe und zu massiven Schäden für den Standort Deutschland, für Verbraucher und Arbeitnehmer, für Natur und Umwelt.
- 2) Ihr Ausstieg aus der Wehrpflichtpraxis bedeutet letztendlich den Anfang vom Ende der Parlamentsarmee. Die massive Unterfinanzierung der Bundeswehr während ihrer Amtszeit beschädigt in nie gekanntem Ausmaß die Einsatzfähigkeit der Bundeswehr und die sicherheitspolitische Verantwortung der Bundesrepublik Deutschland.
- 3) Ihre Europa- und Europapolitik verletzte vielfach europäisches Recht und europäische Verträge und führte zur Verschuldung Deutschlands und zu Targetverpflichtungen in Höhe unzähliger Milliarden.
- 4) Der von ihr statt eines den Maastrichtkriterien verpflichteten deutschen Fachmannes mitinstallierte EZB-Chef Draghi enteignet mit seiner Geldschwemme-, Transfer- und Nullzinspolitik die deutschen Sparer zugunsten südeuropäischer Staaten mit bisher mehr als 300 Mrd. Euro.
- 5) Die ohne Abstimmung mit den Nachbarstaaten durchgeführte grenzenlose, unkontrollierte, unregistrierte illegale Masseneinwanderung war hunderttausendfacher Rechts- und Verfassungsbruch ohne

Parlamentsbeteiligung mit unabsehbaren Schäden für die, „die schon länger hier sind“ (so Merkel): die Deutschen.

- Diese Masseneinwanderung spaltet Deutschland und Europa, isoliert Deutschland in Europa und hat den Brexit Großbritanniens entscheidend befördert.
 - Sie belastet die deutschen Steuerzahler viele Jahre mit jährlich ca. 40 Mrd. Euro, die Investitionen in Infrastruktur, Bildung, Kommunen und zugunsten hilfsbedürftiger Deutscher fehlen.
 - Verwaltung und Rechtsprechung sind personell heillos überfordert, die staatlichen Leistungen an illegale Einwanderer, die keinerlei Gegenleistungen erbringen müssen, übersteigen die Einkünfte vieler Deutscher oft um ein Vielfaches.
 - Die Glaubwürdigkeit des Staates und seiner Organe und das Vertrauen der Bürger daran haben schweren Schaden genommen. Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und Rassismus werden durch diese Politik geradezu gezüchtet. Das schadet dem Ansehen Deutschlands in Europa und in der Welt.
 - Die kulturelle Identität Deutschlands und des deutschen Volkes ist gefährdet, weil eine unregierbare Multi-Kulti-Gesellschaft entsteht, die die Kanzlerin früher mal als „gescheitert“ erklärt hat.
 - Statt ihre verantwortungslose Einwanderungspolitik zu korrigieren, hat die Kanzlerin den Konflikt mit der CSU gesucht, mit Hilfe ihrer rot/grünen Medienfreunde durchgeführt und so die schwerste Krise zwischen CDU und CSU vorsätzlich ausgelöst.
- 6) Mit erkennbarem Desinteresse an den schwierigen und oft unpopulären Themen Recht, Sicherheit, Ordnung, erfolgreicher Arbeit der Sicherheitsbehörden und dem Anspruch der Bürger darauf hat sie die Funktionsfähigkeit des Staates erheblich beeinträchtigt:
- Durch den Verfall staatlicher Institutionen wie Bundeswehr, Bildungswesen, Justiz, Verwaltung, Forschung und Wissenschaft.
 - Durch den hunderttausendfachen Rechts- und Verfassungsbruch bei der Masseneinwanderung.
 - Durch unzähligen und ungeahndeten Missbrauch des Asyl-, Ausländer- und Abschiebungsrechtes sowie des Sozialstaates.
 - Durch die Überforderung von Polizei, Justiz und Verwaltung.
 - Durch steigende Ausländerkriminalität.

- Durch Toleranz gegenüber Vandalismus und durch Missachtung des Versammlungsrechtes zu Lasten von Sicherheit und Ordnung, zu Lasten der Polizei und der gesetzestreuen Bürger.
- Durch Radikalisierung der politischen Landschaft und unerträgliche Toleranz gegenüber öffentlichen, insbesondere linksextremistischen Gewaltexzessen und der sogenannten Antifa und anderer linksextremistischen Organisationen.

Die berechtigten Sorgen der Bürger über diese Zustände, über die Erosion des Rechtsstaates und über schleichenden Staatsverfall sind ein entscheidender Grund für Entstehen und Aufschwung der AfD.

- 7) Mit ihrer Politik verschwendet Merkel viele Milliarden Euro zu Lasten der jungen Generationen und dringend notwendiger Investitionen in eine vielfach desaströse Infrastruktur bei Straßen, Wohnungen, Bahn, Bildungseinrichtungen u.a. Die Wirtschaft wurde mit Bürokratie überschwemmt, die Bürger durch Steuerzahlungen und Sozialabgaben in nie gekanntem Ausmaß belastet statt durch eine Steuerreform entlastet.
- 8) Merkels Familienpolitik schwächte die Institution Familie und stärkte den Einfluss des Staates wie in der früheren DDR. Sie hat „die Ehe für alle“ zu verantworten, die den Wertefundamenten von CDU und CSU massiv widerspricht.

Ein solcher Widerspruch besteht zu vielen ehemaligen Markenkernen der Union in der Wirtschafts-, Rechts- und Bildungspolitik. Dafür werden mit vielen Millionen Euro-, Gender-, Multi-Kulti- und linke „Anti-Rechts“-Organisationen gefördert. Hexenjäger und Gesinnungsgouvernanten der so genannten politischen Korrektheit tyrannisieren die Menschen. Vertreter nationaler, konservativer Werte und Politik werden als rechtspopulistisch, rechtsextremistisch, nazistisch diffamiert und linksextremistischen Gewaltexzessen ausgesetzt. Die Kanzlerin lässt das alles zu.

- 9) Nach der sozialdemokratisch geprägten Legislaturperiode 2013-2017 (u.a. Mindestlohn, Rente 63, Frauenquote, doppelte Staatsbürgerschaft, Mietpreisbremse, Netzkontrollgesetz) ist der aktuelle GroKo-Vertrag politisch und organisatorisch ein großer Sieg der desolaten SPD („für lange Zeit regierungsunfähig,“ so vor Wochen Merkel) und nach dem vermeidbaren Jamaika-Scheitern „Merkels Ausverkauf“ (so FAZ) von CDU und CSU-Grundsätzen. Um Kanzlerin zu bleiben hat sie der Erpressung der SPD nachgegeben. In allen politischen Bereichen, besonders in der Europa-, Wirtschafts-, Finanz-, Rechts-, Verteidigungs- und Ausländerpolitik hat sie Grundpositionen der Union geräumt und der SPD nach dem Amt des Bundespräsidenten und des Bundesverfas-

sungsgerichtspräsidenten kampflos drei der wichtigsten Ministerien überlassen. 70 % des GroKo-Vertrages sind nach wissenschaftlichen Untersuchungen SPD-Programm.

- 10) Richtschnur ihres Handelns waren für Frau Merkel nicht die geistesgeschichtlichen und wertorientierten Grundlagen und Programme, Strategien und Zukunftskonzepte von CDU und CSU, wie sie unter Adenauer, Kohl und Strauß maßgebend waren, zu großen Wahlerfolgen führten und ein stabiles Parteiensystem ermöglichten. Dazu gehörte die Politik von Kohl und Strauß, rechts von der Union dürfe es keine demokratisch legitimierte Kraft geben. Diese Fundamente waren für Merkel immer ohne Bedeutung. Deutschland, deutsche Interessen, das deutsche Volk, deutscher Nationalstaat und Nationalbewusstsein sind für Frau Merkel keine Maßstäbe. Ihre Maßstäbe waren und sind vielmehr das Wohlwollen der linken, medialen, insbesondere der einseitigen rot-grünen öffentlich-rechtlichen Meinungs- und Manipulationskartelle sowie die desinformierende, bezahlte Meinungsumfrageindustrie. Diese Maßstäbe hat sie mit permanenten Kehrtwendungen, schönen Bildern und konturenlosem Phrasensprech, opportunistisch, mit elitärer Arroganz gegenüber dem Normalbürger, dem Volk und seiner Lebenswirklichkeit umgesetzt und so eine andere, eine rot/grüne Republik auf den Weg gebracht. Sie hat den großen Erfolg der alle Gesellschaftsbereiche zersetzenden, beherrschenden, totalitären und z.T. kriminellen 68-er Ideologie massiv befördert.
- 11) Die arrogante Missachtung der wahren Sorgen und Nöte vieler Bürger durch das rot/grüne „Establishment“ in Medien, Gesellschaft und Organisationen sowie der durch Merkel vollzogene Linksruck der CDU und deren Missachtung ihrer konservativen, nationalbewussten, liberalen Mitglieder und Stammwähler führten zum Abschmelzen der Unionsparteien, zur Zersplitterung und Radikalisierung von Gesellschaft und Parteienlandschaft und zum Aufstieg der AfD. Mit politisch-medialer-gesellschaftlicher Hetze, Diffamierung, Ausgrenzung und Dämonisierung als „Rechtspopulisten, Rechtsextremisten, Nazis“ kann man der AfD und ihren Wählern nicht erfolgreich begegnen. Man muss vielmehr die Ursachen von Gründung und Aufstieg der AfD erkennen, ernstnehmen, sich mit AfD-Positionen sachlich auseinandersetzen und sich wieder dem Volk zuwenden. Zu der dazu notwendigen Kehrtwende aber ist die Kanzlerin nicht willens. Eine personelle und programmatische Erneuerung der Union muss deshalb ohne sie stattfinden, will man den Niedergang von CDU und CSU als Volksparteien aufhalten.

02) AUF1: in Österreich startet erster alternativer und unabhängiger Fernsehsender

02. 06. 2021



Stefan Magnet, einer der erfolgreichsten alternativen Medienmacher im deutschsprachigen Raum, ist in Österreich mit einem neuen und vielversprechenden Projekt an den Start gegangen: den ersten alternativen und vor allem unabhängigen Fernsehsender für deutschsprachige Gebiete, genannt [**AUF1 \(Alternatives Unabhängiges Fernsehen, Kanal 1\)**](#). Nachdem mit alternativen Onlineportalen wie Wochenblick, Info-Direkt und Unzensuriert bereits erfolgreich die staatliche subventionierte Mainstream-Medienlandschaft in Österreich aufgewirbelt wurde, nimmt man damit nun das Fernsehen – als größten Medienmarkt – in Angriff.

Nachrichten, Analysen und Hintergründe

AUF1 wartet dabei gleich von Beginn an mit einem breiten Medienangebot auf: Sendungen berichten über aktuelle Nachrichten, bieten politische Analysen, Hintergrundberichte und Interviews sowie Faktenchecks und Meinungen. Und auch Satire und Spaß kommt nicht zu kurz:

„Alternatives Unabhängiges Fernsehen, Kanal 1. Mit AUF1 startet der erste wirklich zu 100% unabhängige und alternative TV-Sender im deutschsprachigen Raum mit 7-Tages-Programm und täglichem Nachrichtenformat. Neuartig sind nicht nur die Inhalte, sondern auch die Grundprinzipien des Senders.“

In der linken Fernseh-Medienlandschaft Österreichs, angeführt von einem mit Millionen Euro subventionierten und der Politik gelenkten Staatsfunk ORF, dürfte AUF1 einen Nerv treffen und den Bedarf an „alternativem Fernsehen“ abdecken, wie auch die ersten Zugriffszahlen zeigen. Wir wünschen dem Projekt jedenfalls viel Erfolg und werden es gerne unterstützen.

Der Online-TV-Sender AUF1 ist ausschließlich durch seine Zuseher finanziert und will von keinen Investoren oder großen Werbeträgern abhängig sein. Wer das Projekt unterstützen möchte, [**kann dies hier tun.**](#)

Sender unterstützen:

<https://www.auf1.tv/unterstuetzen/>



Der Online-TV-Sender AUF1 ist ausschließlich durch seine Zuseher finanziert. Er ist von der Basis getragen und unterstützt und kann nur durch diese Zuseherschaft existieren. Wenn Ihnen das Programm gefällt und Sie den ersten wirklich unabhängigen TV-Sender unterstützen möchten, dann bitten wir Sie im Rahmen Ihrer Möglichkeiten zu helfen. Nur mit dieser Hilfe können wir ein tägliches Programm aufrechterhalten und weiter ausbauen.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

03) Dr. Norbert van Handel: Sorgen um die Entwicklung der EU

08. 06. 2021



Dr. Norbert van Handel

Ein Beitrag von Dr. Norbert van Handel (Steinerkirchen/Traun) *)

1. Der Rücktritt **Norbert Hofers** als Bundesparteiobmann der FPÖ hat Wellen geschlagen, teilweise zu hohe. Es ist ihm gelungen, nach Ibiza die Partei wieder auf Vordermann zu bringen. Eine Leistung, die man nicht hoch genug bewerten kann. **Norbert Hofer** wird als 3. Präsident des Nationalrats, immerhin die dritthöchste Position nach dem Bundespräsidenten, jede Möglichkeit haben politisch einzuwirken. In einer Präsidiumssitzung der Partei wurde der bisherige Clubobmann **Herbert Kickl** zum neuen Parteiobmann designiert. Seine Bestätigung durch einen Sonderparteitag wird voraussichtlich am 19. Juni erfolgen. Unter **Herbert Kickl** wird die Opposition vor allem auch gegenüber der türkis-grünen Regierung kantiger werden. Gleichzeitig betonte **Kickl** auch, dass es ihm wichtig sei, Verbindungslinien zu anderen Parteien aufzubauen, zu erhalten und zu pflegen – Verbindungen dieser Art gäbe es in allen politischen Lagern. Die FPÖ müsse für alle Eventualitäten gerüstet sein. Vor allem verwies **Kickl** sinngemäß auch darauf, dass in allen Landesparteien verschiedene politische Befindlichkeiten herrschten, auf die Rücksicht genommen werden müsse. Besonders trifft das natürlich für Oberösterreich als wirtschaftsstärkstes Bundesland zu, in welchem der FPÖ Obmann **Dr. Manfred Haimbuchner**, ein ausgewiesener Wirtschaftsfachmann, als Landeshauptmann-Stellvertreter überaus erfolgreich agiert.

Es ist deshalb ein Gebot der Stunde, **Haimbuchner** bei den kommenden Landtagswahlen in Oberösterreich mit allen Mitteln zu unterstützen, da gerade seine Position die Wirkmächtigkeit der Partei verkörpert. Der Obmannwechsel der Bundes FPÖ ging nach umfassenden sachlichen Diskussionen elegant und ohne Verwerfungen über die Bühne. **Kickl** dankte **Hofer** mehrfach für seine überaus verdienstvolle Tätigkeit und dieser sagte zu, die neue Bundesführung entsprechend zu unterstützen.

2. **Sorgen muss uns die Entwicklung der EU machen.**
Seit der EWG, die eine reine Wirtschaftsgemeinschaft war, versuchten maßgebliche Kreise die EU zu eine Art Union zu machen, deren Supremat über die einzelnen Länder immer größer wird. Beispiele dafür sind etwa das Hilfspaket für Nationen, die unter Corona besonders gelitten haben, das aber von allen Staaten als Schuldner solidarisch mitgetragen werden muss. **Eine Situation, die dem europäischen Recht nicht entspricht.**
Der Konstruktionsfehler der EU ist vor allem der, dass in wichtigen Fragen **Einstimmigkeit verlangt wird** und demnach genau jene wichtigen Fragen nicht managementmäßig durchgesetzt werden können. **Die Einstimmigkeit ist aber unverzichtbar**, weil sonst die großen Nationen gnadenlos die kleineren beherrschen könnten. Ein Zustand, der langfristig weitere Austritte begünstigen kann.
Die Zentrifugalkräfte in der EU sind nämlich stärker als je zuvor, nur will man es nicht wahrhaben:
 - Der **Brexit** war in dieser Richtung das stärkste Signal,
 - die **Verweigerung der Schweiz, einen Rahmenvertrag mit der EU abzuschließen**, kann durchaus als Absatzbewegung gewertet werden,
 - die Machenschaften des **dänischen Geheimdienstes** gegenüber befreundeten Ländern zeigt, dass von einem **EU Patriotismus nicht die Rede sein kann**,
 - die unsicheren Situationen in Katalonien, Irland und Wales, letztere stärken Tendenzen aus dem Vereinigten Königreich auszutreten, bringt neue Unsicherheiten.
 - **die ständigen Einmischungen in die verfassungsmäßigen Rechte anderer Länder**, insbesondere Ungarn, Polen, möglicherweise auch Slowenien, schüren den Unmut zwischen einzelnen Ländern einerseits und Brüssel andererseits.
3. **Besonders stört auch das Sanktionenregime der EU.**
Es ist mehr als lächerlich, Russland oder China ständig mit Sanktionen zu überziehen. **Gestört wird damit nur die Wirtschaft und gerade die ist es, die nach Corona alle Möglichkeiten haben muss.** **Die bedenkliche Situation der Kontakte zu Russland und China ist ebenso unerfreulich wie die Tatsache**, dass man anscheinend seitens Brüssel oder auch anderer Nationen nicht in der Lage ist, in vernünftige Gespräche mit beiden Großmächten zu treten. **Gerade das chinesische Projekt der Neuen Seidenstraße, vielleicht das größte, das je auf den Weg gebracht wurde, sollte die EU dazu bringen, hier konstruktiv mitzuwirken und mit China entsprechende Möglichkeiten zu verhandeln.** Diesbezüglich geschieht nichts, weil auch das Personal der EU dazu nicht in der Lage zu sein scheint.
4. Die enge Anbindung an die USA, direkt über die NATO und indirekt über mangelnde Äquidistanzen, ist mehr als unerfreulich. **Wie soll eine Verteidigung Europas funktionieren, wenn im Grund genommen nichts ohne NATO gemacht werden kann?**
Das Verhältnis zur Türkei und die ständige Gefahr, von Herrn **Erdogan** erpresst zu werden, was Frau **Merkel** zu danken ist, schwebt wie ein Damoklesschwert über der gesamten Immigrantensituation.

5. **Es sollte verstanden werden, dass die Abwehr einer ungebremsten Zuwanderung von ungebildeten und teilweise gewaltbereiten Menschen nichts mit Ausländerfeindlichkeit, sondern vielmehr damit zu tun hat, dass die einzelnen Länder ihre kulturelle Identität nicht gefährdet sehen wollen.** Dies wird vor allem von den Linksgrünen bewusst dahingehend verkehrt, dass pausenlos gerufen wird, die Menschenrechte würden nicht eingehalten werden. **Genau diese Menschenrechte sind allerdings auf dem Prüfstand, denn ihr Sinn war Gerechtigkeit im Weitesten, nicht aber gewachsene historische Kulturen gnadenlos zu zerstören.** Dass gerade diese mehr als reparaturbedürftigen Rechte seitens der linken UNO oder der großkapitalistisch unterwanderten WHO wie ein Mantra vor sich hergetragen werden, ist ein Faktum, dem konsequent entgegengesteuert werden muss.
6. In den letzten Jahren und Jahrzehnten sind vor allem **Aggressionen von den USA ausgegangen.** Man regt sich zwar über Einzelfälle auf, etwa in Russland, wenn man an **Nawalny** denkt oder in anderen Fällen in China, vergisst jedoch, dass diese Länder einen völlig anderen verfassungsmäßigen Aufbau haben. Die **westliche Demokratie zu exportieren, entspricht einer unangenehmen Überheblichkeit, wenn auf der anderen Seite so genannte demokratische Länder, wie etwa die USA, mit falschen Voraussetzungen ganze Länder und Zivilisationen zerstören – siehe Irak, Afghanistan, Syrien und Libyen.** Abgesehen von Demokratie-Defiziten, gerade in den USA, muss man erkennen, dass Amerika nicht mehr jenes Land ist, das 1945 die leidende europäische Bevölkerung mit Carepaketen und günstigen Krediten verwöhnte. Denn auch **diese Maßnahmen führten letztendlich zu einem permanenten Supremat der Amerikaner über Europa.** Historiker können, ausgehend von den sogenannten Friedensverträgen von Saint Germain und Versailles nach dem ersten Weltkrieg, dies leicht belegen. Darauf einzugehen würde allerdings hier zu weit führen.
7. Die EU müsste sich als **Wirtschaftsgemeinschaft**, beschränkt auf die vier großen Freiheiten, reorganisieren und jede weitere Einmischung in einzelne Länder im Sinne der Subsidiarität unterlassen. Da eine europäische Verteidigung, siehe oben, so lange nicht möglich sein wird, als die NATO dominiert, sollten sich zum Beispiel **jene Länder, die Jahrhunderte lang miteinander verbunden waren, enger zusammenschließen. M7 – ein Mitteleuropa der Sieben, d.h. die Visegrád-Staaten, Slowenien, Kroatien und Oberitalien haben vielfach gleiche oder sehr ähnliche Interessen, die im Rahmen der EU gebündelt werden sollten.** Auf einen Zerfall der EU zu wetten ist sinnlos, da Mammutbürokratien in sich nur schwer auseinanderfallen. Es gibt genügend historische Beispiele dafür.

*) Webseite des Gastautors: norbert.vanhandel.at/

* * *

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

04) M7 – ein Mitteleuropa der Sieben

In der EU müssen endlich die kleinen christlichen Länder gegen den großen linksliberalen Mainstream auftreten.

Deshalb ist M7 – Mitteleuropa der Sieben – eine Gruppe aus Visegrád-Staaten, Österreich, Kroatien und Slowenien in der EU so wichtig. Wir werden mit allen Mitteln daran arbeiten müssen, dass dies auch Wirklichkeit wird, sonst sind wir langfristig auf der Verliererstraße.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

05) Österreich: Ursula Stenzel zum Rücktritt von FPÖ Bundesparteiobmann Norbert Hofer

02. 06. 2021



Ursula Stenzel.- Foto: Franz Johann Morgenbesser / Wikimedia CC 2.0)

Wer meine Auftritte in OE24TV seit gestern verfolgt hat, kennt meine Haltung zu den Freiheitlichen. Ich stehe außerhalb der FPÖ und habe meine Parteimitgliedschaft zurückgelegt, aber nicht mein Eintreten für eine starke FPÖ.

Gestatten Sie mir einen Helikopterblick auf die Ereignisse. Das wird auch Norbert Hofer gerecht, der ja ein leidenschaftlicher Pilot ist. Was wäre, wenn man ihn beim Sonderparteitag zum Ehrenobmann der FPÖ küren würde? Ich hoffe im Interesse Österreichs auf eine Erholung der FPÖ. Bundeskanzler Sebastian Kurz ist durch eigene Schuld schwer angeschlagen, die Tage der türkis/grünen Koalition sind gezählt. Diese hält nur, weil keiner von ihnen, weder Vizekanzler Werner Kogler noch Kurz zur Zeit Neuwahlen riskieren wollen. Daher ist eine schlagkräftige FPÖ ein Gebot der Stunde. Hofer, den ich persönlich sehr schätze und der die Partei nach der IBIZA-Falle, in die Strache hineingetappt ist, durch schwierige Gewässer geführt hat, war nicht mehr der Mann der Stunde.

Alle, die ihm jetzt Krokodilstränen nachweinen, heucheln. In Wirklichkeit ging es ihnen, allen voran der Kurz-ÖVP und ihren medialen Echoschreibern darum, den Dualismus in der FPÖ

fortzuschreiben. Das lenkt so schön von ihrer eigenen Misere ab, die Kurz selbst zu verantworten hat. Pubertäre Chats, ungeheure Schiebereien bei der Besetzung der ÖBAG, Anklagedrohung wegen vermutlicher Lügen vor dem U-Ausschuss, Missachtung des Parlaments und und und Es bedarf in einer solchen Phase der Selbstbeschädigung des türkisen Wunderwuzzis Sebastian Kurz, von Blümels E-Mail Poker gar nicht zu reden, einer scharfen Oppositionspolitik und keiner Anbiederung, als möglicher Koalitionspartner einer ÖVP, ob schwarz oder Türkis.

Aber Achtung: das, was jetzt die willfährigen Medien zu kolportieren versuchen, eine Art Dolchstoßlegende: das stimmt nicht. Nein, Kickl ist der Mann der Stunde. Ein Sonderparteitag sollte so schnell wie möglich einberufen werden. Das Präsidium der FPÖ wird darüber schon kommenden Montag entscheiden. Je länger ein Parteitag hinausgezögert wird, umso schlechter: das freut nur die Feinde der FPÖ, denn dann zieht sich die Personaldiskussion bis in den Herbst hinein und man kann unentwegt über Richtungsdiskussionen in der FPÖ berichten. Dies dürfte mittlerweile allen klar geworden sein. So haben so manche, die ihren Kopf zu weit ausgestreckt haben bereits einen mehr oder minder erwarteten Rückzug angetreten.

Als erster der oberösterreichischen Landeshauptmannstellvertreter und oberösterreichische Landeshauptmann Manfred Haimbuchner, der klar gemacht hat, dass er nicht um den Bundespartei vorsitz rittern wird. Als zweiter, der Wiener FPÖ Obmann Dominik Nepp, der sich sekundiert von dem ÖVP- und Kurz-nahen Kurier als mögliche Alternative zu Kickl ins Spiel gebracht hat. Ein Manöver das eher als Selbstschutzvorstoß zu betrachten war. Und Kunasek, der Obmann der Steiermark, als eine Alternative zu Kickl? Das glaubt er wohl selbst nicht.

Alles deutet darauf hin, dass sich die Landesobleute sukzessive um Herbert Kickl scharen. Als Österreicherin, die der FPÖ Erfolg wünscht, darf ich Folgendes wünschen: Einen Sonderparteitag: Ende Juni, Anfang Juli, keine Kampf Abstimmung, sondern ein klares Votum für Herbert Kickl. Man kann Meinungsvielfalt in einer Partei auch anders abbilden als durch Kampf Abstimmungen, oder eine Doppelführung. Also keine Krampflösungen. Der Mann der Stunde ist Herbert Kickl, ein hervorragender Stratege, angriffig und rhetorisch brillant.

Mit ihm an der Spitze soll die FPÖ ihre Familienstreitereien begraben und einen Neuanfang setzen.

Zur Autorin:

Ursula Stenzel war von 1972 bis 1995 ORF Auslandsredakteurin, vielen Zuschauern der Zeit im Bild als Moderatorin bekannt, von 1996 bis 2005 Abgeordnete zum Europaparlament und Leiterin der ÖVP Delegation, von 2005 bis 2015 Bezirksvorsteherin des ersten Bezirks in Wien, von 2015 bis 2020 Stadträtin für die FPÖ im Wiener Rathaus. Da sie nun unabhängig und parteiungebunden schreiben will, ist sie aus der Freiheitlichen Partei ausgetreten, der sie aber nach wie vor nahe steht. Stenzel schreibt regelmäßig auf ihren Blog ursula-stenzel.at.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

06) FPÖ – Kickl: SPÖ outet sich einmal mehr als Migrationspartei Österreichs

10. 06. 2021



Die Hoffnungsträgerin der SPÖ, Pamela Rendi-Wagner will ihre Partei noch mehr auf Migrationskurs bringen. *Bild: SPÖ Presse und Kommunikation / wikimedia / (CC BY-SA 2.0)*

FPÖ: Einwanderungsstopp und Rückführungen statt Pull-Faktor

Wien (OTS) – „Die SPÖ auf Rendi-Wagner-Kurs schlägt jetzt offen in die gleiche Kerbe wie die Grünen. Das Motto lautet: Neue Wählerschaft durch Einbürgerungen quasi am Fließband“, meinte heute der designierte FPÖ-Bundesparteiobmann Klubobmann NAbg. Herbert Kickl zu den neuen Einbürgerungsabsichten der SPÖ. Kickl weiter:

„Aber offenbar sind die Sozialdemokraten nach dem Rückzug Doskozils derart außer Tritt geraten, dass die abgehobene Parteispitze im Gegensatz zu den Vorstellungen der eigenen Basis und der überwiegenden Mehrheit der österreichischen Bevölkerung ihr Heil jetzt wieder in der Multikulti-Mottenkiste sucht. Das ist nicht visionär für Österreich, das ist heimatzerstörend.“

SPÖ: Rechtsanspruch auf Einbürgerung

Die SPÖ will einen Rechtsanspruch auf Einbürgerung nach sechs Jahren Aufenthalt. In Österreich geborene ausländische Kinder sollen die Staatsbürgerschaft automatisch erhalten. „Damit outet sich die SPÖ einmal mehr als MPÖ, sie sollte sich gleich Migrationspartei Österreichs nennen“, meinte Kickl und betonte: „Die Staatsbürgerschaft muss man sich verdienen. Sie ist ein hohes Gut und kein beliebiger Fetzen Papier.“

Dänemark führe Migranten zurück, die SPÖ hingegen wolle sie vermehrt ins Land bringen und falle in alte Einwanderungsfantasien zurück. „Die SPÖ-Spitze wäre wohl eher besser

bei den Grünen aufgehoben“, meinte Kickl. „Wer klare und faire Regeln beim Thema der Zuwanderung will, hat nur die FPÖ als verlässlichen Partner. Denn unser Motto lautet: Zuwanderungsstopp statt Pull-Faktor, Rückführung statt Asylrekorde.“

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER